



## Hausärztinnen- und Hausärzteverband fordert Krisengipfel zur Sicherstellung der hausärztlichen Versorgung

Berlin, 24.10.2023 – Vor dem Hintergrund der sich weiter zuspitzenden Lage in den Hausarztpraxen, fordert der Hausärztinnen- und Hausärzteverband Bundesgesundheitsminister Prof. Dr. Karl Lauterbach auf, zeitnah einen Krisengipfel zur Stabilisierung und Förderung der hausärztlichen Versorgung einzuberufen. „Wir sind an einen Punkt gelangt, an dem die hausärztliche Versorgung massiv Gefahr läuft, wegzubrechen. Die Auswirkungen dieser Entwicklung haben wir bereits in der Vergangenheit gesehen. Diesen Winter rechnen wir mit einer noch angespannteren Lage. Dieses Thema muss endlich ganz oben auf die Prioritätenliste und damit auf den Schreibtisch des Bundesgesundheitsministers. Es braucht einen koordinierten und nachhaltigen Plan, wie die hausärztliche Versorgung stabilisiert werden kann, bevor es zu spät ist und die Menschen ohne wohnortnahe, hausärztliche Versorgung dastehen“, so Prof. Dr. Nicola Buhlinger-Göpfarth, Co-Bundesvorsitzende des Hausärztinnen- und Hausärzteverbandes.

Der Co-Bundesvorsitzende des Hausärztinnen- und Hausärzteverbandes, Dr. Markus Beier, ergänzt: „Deutschlandweit gibt es inzwischen knapp 5.000 offene Hausarztstühle. Wenn man konservativ rechnet und davon ausgeht, dass jede Hausärztin und jeder Hausarzt im Schnitt 700 Patientinnen und Patienten im Quartal versorgt, dann bedeutet das, dass rechnerisch schon heute Millionen Menschen in Deutschland nicht ausreichend versorgt werden können. Bis 2035 wird die Zahl der offenen Hausarztstellen voraussichtlich auf über 11.000 steigen. Gleichzeitig sind mehr als 11.000 MFA-Stellen nicht besetzt – Tendenz steigend. Das können die Hausarztpraxen irgendwann nicht mehr auffangen.“

„Sowohl die Kolleginnen und Kollegen, insbesondere aber unsere Patientinnen und Patienten spüren die Auswirkungen dieser Entwicklung inzwischen sehr deutlich – gerade in der jetzt anstehenden Infektsaison. Wartelisten, Warteschlangen, teilweise ein Aufnahmestopp und volle Wartezimmer werden immer mehr zum Alltag. Der Versorgungsdruck nimmt täglich zu. Der Schutzwall des Gesundheitswesens wackelt gefährlich. Die Stimmung in den Praxen ist an einem absoluten Tiefpunkt. Wir können die Politik nur auffordern: Handeln Sie jetzt und stärken Sie endlich die hausärztliche Versorgung,“ sagte Beier.

Die Delegiertenversammlung des Hausärztinnen- und Hausärzteverbandes hat im September einen Katalog mit sechs Forderungen zur Sicherstellung der hausärztlichen Versorgung verabschiedet. „Diese sechs Punkte müssen von der Politik angegangen werden, wenn sie den Menschen in Deutschland versprechen will, dass es auch mittel- und langfristig noch eine gute hausärztliche Versorgung geben wird“, so Buhlinger-Göpfarth. „Noch in diesem Jahr müssen die ersten Maßnahmen in Gesetzesentwürfe gegossen werden. Es braucht jetzt sofort die versprochene Entbudgetierung der hausärztlichen Versorgung, eine Strukturpauschale für Versorgerpraxen sowie eine Stärkung der Verträge zur Hausarztzentrierten Versorgung – insbesondere durch eine Bonifizierung der teilnehmenden Patientinnen und Patienten über die Präventions- und Bonusprogramme der Krankenkassen. Diese Themen müssen sehr zeitnah, im Rahmen eines Runden Tisches, besprochen und dann vor allem auch beschlossen sowie umgesetzt werden!“

Das Sechs-Punkte-Forderungspapier des Hausärztinnen- und Hausärzteverbandes steht unter [www.haev.de](http://www.haev.de) zum Download zur Verfügung.

### Pressekontakt

Hausärztinnen- und Hausärzteverband e. V.  
Bleibtreustraße 24 · 10707 Berlin  
☎ 030 887 143 73-60  
✉ [pressestelle@haev.de](mailto:pressestelle@haev.de)  
🌐 [www.haev.de](http://www.haev.de)

### Hausärztinnen- und Hausärzteverband e. V.

Bereits mehr als 30.000 Hausärztinnen und Hausärzte haben sich dafür entschieden, Mitglied in ihrem Hausärzteverband zu werden. Damit ist der Bundesverband mit seinen 18 Landesverbänden die größte berufspolitische Vertretung für Hausärztinnen und Hausärzte in Deutschland. Er vertritt die berufspolitischen Interessen seiner Mitglieder gegenüber Politik und Krankenkassen, in Ärztekammern und Kassenärztlichen Vereinigungen.